Kristian Meyer, Jakob Kjoslashbsted Huusom, Jens Abildskov

High-order approximation of chromatographic models using a nodal discontinuous Galerkin approach.

Die Untersuchung befasst sich im Rahmen des Forschungsprogramms 'Organisationswandel der Weiterbildung' im Rahmen einer interpretierenden Analyse von statistischen Daten mit der Frage, ob und wie sich Veränderungen in Förder- und Finanzierungsbedingungen zur Entwicklung des Weiterbildungsangebots öffentlicher Weiterbildungseinrichtungen in der Bundesrepublik Deutschland verhalten. Ziel der Studie ist es, Anhaltspunkte für eine übergreifende Ökonomisierungstendenz und deren Konsequenzen für das Weiterbildungsangebot herauszuarbeiten. Diese Zielsetzung im Blick, beschränkt sich die Studie bewusst auf die Analyse von aggregierten Systemdaten (z.B. aus der VHS-Statistik). Sie gibt demnach allenfalls am Rande Auskunft über regionale und bildungsbereichsspezifische Ausprägungen und Wirkungen der Ökonomisierung. In das Thema einführend erfolgt zunächst eine Bestimmung des Schlüsselbegriffs der Ökonomisierung. Daran schließt sich eine Betrachtung der wesentlichen Entwicklungen der öffentlich geförderten Weiterbildung am Beispiel der Volkshochschulen von 1987 bis 2004 an. Die Ausführungen zeigen, dass die Volkshochschulen vor allem in einem bestimmten Bereich Einbußen erlitten haben, und zwar in der vom Arbeitsamt finanzierten beruflichen Weiterbildung. Hier offenbaren sich nicht erst seit Anfang 2003, sondern teilweise bereits vorher deutlich geringer werdende Einnahmen. Diese Reduktionen sind auf ein Bündel von Maßnahmen (Einführung des so genannten Weiterbildungsgutscheins u.a.) zurückzuführen, auf die hier näher eingegangen wird. Die Untersuchung zeigt recht deutlich, dass man nicht von einer allgemeinen Ökonomisierung der Weiterbildung sprechen kann. Der öffentliche Bereich hat in den vergangenen Jahren seine Zuwendungen an die Volkshochschulen und damit seinen Finanzierungsanteil am Gesamtbudget wieder etwas erhöht, während der Anteil der Teilnehmerentgelte leicht gesunken ist. Inwieweit allerdings ein Teil der ausgewiesenen Erhöhungen bei den öffentlichen Zuwendungen durch haushaltstechnische Umwidmungen und damit nicht auf tatsächliche Erhöhungen zurückzuführen ist, lässt sich anhand der vorliegenden Daten der Volkshochschulstatistik nicht beurteilen. (ICG2)

1. Einleitung

Bereits seit den 1980er Jahren problematisieren sozialwissenschaftliche Geschlechter-forscherinnen und Gleichstellungspolitikerinnen Teilzeitarbeit als ambivalente Strategie für Frauen Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Kritisiert werden mangelnde Existenzsicherung, fehlendes Prestige und die geschlechterhierarchisierende vertikale und horizontale Arbeitsmarktsegregation (Jurczyk/ Kudera 1991; Kurz-Scherf 1993, 1995; Floßmann/Hauder 1999). 1998: Altendorfer 1999; Tálos wohlfahrtsstaatlichen Arbeiten hervorgehoben, dass Ideologie und Praxis von Teilzeitarbeit, die als "Zuverdienst" von Ehefrauen und Müttern zum männlichen Familieneinkommen konstruiert werden, das *male-breadwinner-*Modell (Sainsbury 1999) selbst dann noch stützen, wenn dieses angesichts hoher struktureller Erwerbslosigkeit und der Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse bereits erodiert ist. Als frauenpolitisch intendiertes Instrument wird schließlich Teilzeitarbeit als verkürzte "Bedürfnisinterpretation" (Fraser 1994) identifiziert: Die Arbeitszeitreduktion von Frauen wird als Vereinbarung von Familie und Beruf, nicht aber von Familie und Karriere gedacht und realisiert.

Aus der Sicht von PolitikerInnen, Führungskräften und SozialwissenschafterInnen verlangen hochqualifizierte Funktionen und leitende Positionen, d.h. Arbeitsplätze, die mit Macht, Geld und